

Wegen Systemwechsel: Lohnkosten des Bundes steigen um mehrere Millionen Franken

Kritik an hohen Beamtengehältern 130'000 Franken verdient ein Bundesangestellter im Schnitt pro Jahr. Ein neues Lohnmodell soll die Gehälter ab 2027 an die Privatwirtschaft angleichen. Nun wird es aber noch teurer.

Quentin Schlapbach

Vor drei Jahren veröffentlichte das Institut für Wirtschaftspolitik (IWP) eine Studie zu Lohnunterschieden zwischen der Privatwirtschaft und der Verwaltung. Die Studie kam zum Schluss, dass ein Bundesangestellter im Schnitt 11,6 Prozent mehr verdient als ein Angestellter im privaten Sektor, der einer vergleichbaren Arbeit nachgeht. Seither stehen die Gehälter der Bundesangestellten in der Kritik. Auch Sergio Ermotti griff das Thema jüngst im Interview mit dieser Redaktion auf. «Wir müssen dafür sorgen, dass mehr gut ausgebildete Leute in der Privatwirtschaft arbeiten und dort den Fachkräftemangel lindern», sagte der UBS-Chef. «Heute gehen viele direkt nach dem Studium in die Verwaltung, wo sie besser verdienen und einen fast schon garantierten Arbeitsplatz haben.»

Personalverantwortliche warnen vor neuem Modell

In der Bundesverwaltung hängt das hohe Lohnniveau massgeblich damit zusammen, dass mit dem bisherigen Lohnsystem die Gehälter Jahr für Jahr automatisch ansteigen. Bei guten Leistungen beträgt die jährliche Gehaltserhöhung 1,5 bis 2,5 Prozent, bei sehr guten Leistungen sogar 3 bis 4 Prozent. Von diesen Gehaltssprüngen profitieren praktisch alle, die nicht das Maximum ihrer Lohnklasse erreicht haben. Ein Blick in das vergangene Personalreporting zeigt, dass 96,7 Prozent der Bundesangestellten im Jahr 2024 eine gute oder sehr gute Personalbeurteilung erhalten haben.

Im Mai 2025 reagierte der Bundesrat auf die wachsende Kritik und stellte ein neues Lohnmodell vor, das «stärker marktorien-



Auch die Einstiegsgehälter von Bundesangestellten sollen nun aufgebessert werden. Foto: Moritz Hager

tiert» sein soll. Jährliche Lohn-erhöhungen soll es zwar immer noch geben. Die Gehaltssprünge fallen aber deutlich geringer aus. Auch soll es in Zukunft nur noch bei aussergewöhnlichen Leistungen möglich sein, das Maximum der jeweiligen Lohnklasse zu erreichen.

Das neue System soll im Jahr 2027 eingeführt werden. Aber bereits jetzt schlagen in der Bundesverwaltung Personalverantwortliche Alarm, dass die Umstellung im nächsten Jahr zu deutlichen Mehrkosten führen wird. In Meetings sollen Führungspersonen vorgerechnet

haben, dass einzelne ihrer Angestellten im kommenden Jahr auf einen Schlag einen vierstelligen Betrag mehr verdienen werden. Um die geringere Lohnentwicklung auszugleichen, sollen nämlich auch die Einstiegsgehälter für Bundesangestellte angehoben werden. Bisher konnte der

Bund Leute zu einem relativ tiefen Einstiegslohn rekrutieren. Aufgrund der automatischen Lohnentwicklung war es für sie absehbar, dass sie in einigen Jahren deutlich mehr verdienen werden. Mit dem neuen System fallen diese Aussichten weg. Und um als Arbeitgeber attraktiv zu

bleiben, will der Bund jungen Arbeitnehmenden bessere Konditionen gewähren. Das Eidgenössische Personalamt (EPA) bestätigt, dass das neue Lohnsystem sich anfangs negativ auf den Bundeshaushalt auswirkt. Gesicherte Angaben seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich, sagt Sprecher Anand Japtap. Aber es gibt eine erste Schätzung. «Im Einführungsjahr 2027 werden über die ganze Bundesverwaltung Mehrkosten von netto 10 Millionen erwartet», sagt Japtap.

Mittelfristig soll das System Entlastungspotenzial geben

In Bundesbern gehen allerdings viele davon aus, dass diese Zahl im Budgetprozess noch deutlich nach oben korrigiert werden muss. Zwar gibt es beim Bund kaum Nettofluktuation, und das Durchschnittsalter der Angestellten ist vergleichsweise hoch. Dennoch werden mehrere Tausend Angestellte von der Systemanpassung für den Karrierebeginn profitieren.

Die Tatsache, dass es für Angestellte deutlich schwieriger wird, das Lohnmaximum zu erreichen, führt zwar auch zu Spareffekten. Diese treten jedoch erst verzögert, nach einigen Jahren, auf. Das EPA sagt, dass das neue Lohnsystem wegen der flacheren Lohnentwicklungskurve «mittelfristig» ein Entlastungspotenzial von rund 35 Millionen Franken für den Bund haben werde.

Kurzfristig wird die Kritik an den Beamtenlöhnen aber weiter zunehmen. 2024 durchbrach der Durchschnittslohn eines Bundesangestellten erstmals die Marke von 130'000 Franken, was bei 13 Monatslöhnen einem Gehalt von 10'000 Franken pro Monat entspricht. Im Einführungsjahr 2027 dürfte dieser Rekord abermals pulverisiert werden.